

Anfrage Fleischlin Priska und Mit. über die Optimierung der Budgetierung im AFP und im Voranschlag

eröffnet am 30. März 2026

Eine realistische und verlässliche Finanzplanung ist eine zentrale Voraussetzung für eine verantwortungsvolle Finanzpolitik sowie für die demokratische Steuerung durch den Kantonsrat. In den vergangenen Jahren zeigte sich wiederholt, dass die budgetierten Zahlen im Voranschlag und im Aufgaben- und Finanzplan (AFP) erheblich von den effektiven Rechnungsabschlüssen abgewichen sind. So betragen die jährlichen Überschüsse seit 2020 jeweils über 140 Millionen Franken, im Jahr 2025 sogar über 338 Millionen Franken. Die Steuernachträge wurden dabei wiederholt als überraschende und volatile Einnahmen beschrieben. Systematisch zu tief veranschlagte Erträge führen regelmässig zu deutlich besseren Rechnungsabschlüssen als prognostiziert. Diese Praxis erschwert eine sachliche finanzpolitische Debatte und schwächt die Budgethoheit des Kantonsrates.

Wenn finanzielle Spielräume erst im Nachhinein sichtbar werden, können notwendige Ausgaben und Investitionen – etwa in die Bildung, in die soziale Sicherheit, in die Gesundheit oder in den Klimaschutz – nicht rechtzeitig geplant oder beschlossen werden. Eine zu pessimistische Budgetierung kann zudem einen vorsorglichen Leistungsabbau begünstigen oder notwendige Leistungsausweitungen verzögern, mit der Folge, dass insbesondere jene Bevölkerungsgruppen benachteiligt werden, die ohnehin weniger stark von der positiven Finanzlage des Kantons profitieren.

So zeigt sich beispielsweise im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie, dass unzureichende finanzielle Ressourcen zu langen Wartezeiten, zu einer hohen Belastung des Personals und zu einer Verschlechterung der Versorgungsqualität führen. Die Folgen tragen nicht nur die betroffenen jungen Menschen, sondern auch ihr Umfeld, etwa Familien, Schulen oder Arbeitgebende. Ähnlich verhält es sich im Bereich der Klimapolitik, wo verzögerte Investitionen und Massnahmen langfristig deutlich höhere Kosten und Schäden verursachen.

Es ist zentral, dass der Voranschlag und der AFP als verlässliche Planungsinstrumente dienen. Dazu gehört, dass bekannte Entwicklungen, Erfahrungswerte aus vergangenen Rechnungen sowie absehbare Mehrausgaben oder Mehreinnahmen konsequent und nachvollziehbar¹ berücksichtigt werden. Nur so kann der Kantonsrat seine finanzpolitische Verantwortung wahrnehmen und politische Prioritäten transparent setzen. Die Studie des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB)² zeigt zudem, dass der Kanton Luzern im Vergleich zu anderen Kantonen eine überdurchschnittlich hohe Fehlerquote in der Budgetierung aufweist.

¹ <https://hub.hslu.ch/economiccrime/steuerertragsbudgetierung-bei-gemeinwesen-prognoserisiken-oder-budgetmanipulation/>

² <https://www.sgb.ch/themen/wirtschaft/detail/kantone-rechnen-sich-um-24-milliarden-zu-arm-sgb-fordert-stopp-der-abbau-politik>

Fragen:

1. Wird ein standardisiertes Prognosemodell verwendet? Falls ja, bitten wir um eine Beschreibung der berücksichtigten Einflussfaktoren.
2. Welche Kennzahlen werden für eine Prognose der Steuererträge beigezogen?
3. Auf welcher Datengrundlage werden die prognostizierten Steuererträge und -nachträge erstellt?
4. Wie können potenzielle Einnahmen der Schweizerischen Nationalbank (SNB) künftig angemessen im Budget berücksichtigt werden? Welche alternativen Ansätze verfolgen andere Kantone im Vergleich zur heutigen Luzerner Praxis, diese Einnahmen nicht zu berücksichtigen?
5. Volatile Einnahmen werden in der Regel systematisch unterschätzt. Mit welcher Methode werden diese Einnahmen budgetiert? Welche alternativen Methoden gibt es?
6. Wie gewährleistet die Regierung, dass grössere Abweichungen von Budget und Rechnung vermieden werden?
7. Was plant der Regierungsrat, um im Rahmen des Voranschlages sowie des AFP künftig die Prognosequalität und die Transparenz zu steigern, gerade auch hinsichtlich der zusätzlichen Einnahmen der OECD-Ergänzungssteuer?
8. Wie werden unvorhersehbare Ereignisse wie zum Beispiel Wegzug von Steuerzahlern, Firmenschliessungen, Steuersitzverlegungen, Währungsschwankungen und politische Ereignisse als Risikofaktoren berücksichtigt?
9. Inwiefern werden Risiken, die aus unterlassenen oder verzögerten Ausgaben und Investitionen – insbesondere in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Soziales, Klima und Mobilität – entstehen können, im Rahmen einer gesamtheitlichen Risikomatrix systematisch erfasst und bewertet, und nach welchen Kriterien werden diese gegenüber den finanziellen Risiken abgewogen?
10. Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass die wiederkehrenden Mehreinnahmen zeitnah und wirksam für Investitionen zugunsten der Bevölkerung sowie des Umwelt- und Klimaschutzes eingesetzt werden?

Fleischlin Priska